

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 13. Dezember 1989

am Donnerstag, dem 14. Dezember 1989

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Abelein (CDU/CSU)	27, 28	Pauli (SPD)	38, 63
Frau Beer (DIE GRÜNEN)	11, 12	Reuter (SPD)	46, 47
Büchner (Speyer) (SPD)	19, 20	Roth (SPD)	36, 37
Conradi (SPD)	1	Frau Rust (DIE GRÜNEN)	40, 41
Diller (SPD)	34, 35	Frau Schmidt (Hamburg) (DIE GRÜNEN)	43, 44
Duve (SPD)	57, 58	Frau Schulte (Hameln) (SPD)	6, 9
Fellner (CDU/CSU)	65, 66	Sielaff (SPD)	55, 56
Dr. Göhner (CDU/CSU)	16	Frau Dr. Sonntag-Wolgast (SPD)	61
Graf (SPD)	59, 60	Dr. Sperling (SPD)	2, 3
Großmann (SPD)	7, 8	Frau Steinhauer (SPD)	23, 24
Frau Hämmerle (SPD)	32, 33	Stiegler (SPD)	10, 62
Jäger (CDU/CSU)	17, 18	Frau Dr. Timm (SPD)	48, 49
Jungmann (Wittmoldt) (SPD)	4, 5	Frau Vennegerts (DIE GRÜNEN)	15, 50
Kirschner (SPD)	21, 22	Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN)	45
Dr. Klejdzinski (SPD)	25, 26	Frau Weiler (SPD)	53, 54
Dr. Lippelt (Hannover) (DIE GRÜNEN)	39	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	42
Müntefering (SPD)	13, 14	Wüppesahl (fraktionslos)	31, 64
Niegel (CDU/CSU)	51, 52	Frau Würfel (FDP)	29, 30

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	13

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Conradi
(SPD)

War der Bundesregierung bei ihrem Vorschlag für den Bundesverfassungsrichter Willi Geiger bekannt, daß dieser sich in seiner Dissertation 1940 über den „volksschädigenden und kulturzersetzenden Einfluß der jüdischen Rasse auf dem Gebiet der Presse“ geäußert und 1941 als NS-Sonderrichter „zur Wahrung der Reinheit und Sauberkeit der Jugend“ einen 18jährigen wegen sexueller Handlungen mit einer Minderjährigen zum Tode verurteilt hatte (DIE ZEIT vom 24. November 1989)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

2. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)

Sind die „Verordnung über das Verfahren bei den Mitverantwortungsabgaben im Sektor Getreide“ und die „Verordnung über die Erzeugung von und den Verkehr mit Bruteiern und Küken von Hausgeflügel“ (BGBl. I Nr. 51 vom 11. November 1989) anhand der Prüffragen zur Notwendigkeit, Wirksamkeit und Verständlichkeit von Rechtssetzungsvorhaben des Bundes (Kabinettsbeschluß vom 11. Dezember 1984) getestet worden?
3. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)

Zu welchen Veränderungen in den genannten Verordnungen ist es dadurch gekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

4. Abgeordneter
Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)

Trifft es zu, daß der Bundesminister der Verteidigung den Auftritt der Big Band der sowjetischen Streitkräfte in der DDR in der Fernsehsendung „III nach neun“ nicht genehmigt hat, und wenn ja, welche Gründe haben ihn dazu bewogen?

- | | |
|---|--|
| 5. Abgeordneter
Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD) | Auf welcher rechtlichen Grundlage ist diese Entscheidung getroffen worden? |
|---|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

- | | |
|---|--|
| 6. Abgeordnete
Frau
Schulte
(Hameln)
(SPD) | Was hat die Broschüre „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ gekostet, und in welcher Auflage ist sie erschienen? |
|---|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

- | | |
|---|---|
| 7. Abgeordneter
Großmann
(SPD) | In welchem Zeitraum und in welchen Orten sollen die von bundeseigenen Wohnungsunternehmen zu beschaffenden „mobile homes“ aufgestellt werden? |
| 8. Abgeordneter
Großmann
(SPD) | Welche baurechtlichen Voraussetzungen müssen für das Aufstellen solcher Notunterkünfte vorhanden sein oder sind gegebenenfalls zu schaffen? |

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|---|--|
| 9. Abgeordnete
Frau
Schulte
(Hameln)
(SPD) | Wieviel Geld hat die Bundesregierung für die Anzeigenkampagne „Die große Steuerreform“ in den letzten Tagen und Wochen ausgegeben? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

10. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie viele zusätzliche Einstellungs- und Beförderungsmöglichkeiten wurden im Bundeshaushalt 1990 für den Bereich der Bundeszollverwaltung geschaffen, und wie wirkt sich das konkret auf die Zollbeamten im Geschäftsbereich der Oberfinanzdirektionen Nürnberg und München aus?
11. Abgeordnete
Frau Beer
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß im Juli 1987 im Bundesministerium der Finanzen mehrere Gutachten erstellt wurden, die die Ermittlungspraxis der OFD Kiel im Bußgeldverfahren gegen HDW und IKL wegen des ungenehmigten U-Boot-Blaupausen-Exports nach Südafrika kritisieren, die eine Einschaltung der Staatsanwaltschaft Kiel durch das Bundesministerium der Finanzen fordern, da andernfalls der Vorwurf der Strafvereitelung im Amt erhoben werden könne, und ist die Bundesregierung bereit, diese Gutachten der jetzt in der gleichen Angelegenheit gegen die Firmen HDW und IKL ermittelnden Staatsanwaltschaft zur Verfügung zu stellen?
12. Abgeordnete
Frau Beer
(DIE GRÜNEN)
- Welchen Inhalt hat ein im Bundesministerium der Finanzen erstellter Reisebericht vom Juli 1987 über einen Besuch von Beamten des Bundesministeriums der Finanzen bei der OFD Kiel, und trifft es zu, daß in diesem Reisebericht gravierendste Ermittlungsversäumnisse und Ermittlungsfehler der OFD Kiel in dem Verfahren gegen IKL und HDW bezüglich des Blaupausenexports nach Südafrika geschildert werden, und ist die Bundesregierung bereit, diesen Reisebericht der Staatsanwaltschaft Kiel und dem 1. Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages zur Verfügung zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

13. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Gibt es im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur geförderte Fremdenverkehrswohnungen oder -zimmer Hindernisse für die Vermietung an Aus- und Übersiedler, die aus den mit der Förderung verbundenen Auflagen resultieren?

- | | |
|---|--|
| 14. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, zum Zweck der Unterbringung von Aus- und Übersiedlern Regelungen, die eine dauerhafte Vermietung solchen Wohnraumes verhindern, befristet auszusetzen? |
| 15. Abgeordnete
Frau Vennegerts
(DIE GRÜNEN) | Wann hat die Bundesregierung zuletzt Genehmigungen für Einzelteile zur Herstellung von G 3-Gewehren bzw. Munition für den Iran erteilt? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für innerdeutsche Beziehungen**

- | | |
|--|---|
| 16. Abgeordneter
Dr. Göhner
(CDU/CSU) | In welchem Umfange hat die Bundesrepublik Deutschland unmittelbar oder mittelbar der DDR oder von der DDR beauftragten Stellen für den Freikauf politischer Häftlinge in der Vergangenheit Finanzmittel geleistet, und liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wohin diese Devisen geflossen sind? |
| 17. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU) | Wie viele politische Häftlinge in der DDR mit langjährigen Freiheitsstrafen fallen nach den Erkenntnissen oder Schätzungen der Bundesregierung nicht unter die beiden jüngsten Amnestien der DDR, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dadurch gerade besonders tragische Menschenschicksale keine humanitäre Lösung finden können, wenn nichts geändert wird? |
| 18. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung in Gesprächen mit der DDR-Regierung darauf hinwirken, daß die Amnestie auf alle politischen Häftlinge, ungeachtet ihres Strafmaßes, erstreckt wird, die im Widerspruch zu den auch in der DDR geltenden UN-Menschenrechtspakten verurteilt worden sind? |
| 19. Abgeordneter
Büchner (Speyer)
(SPD) | Welches Ausmaß an innerdeutschen Sport- und Jugendbegegnungen erwartet die Bundesregierung, nachdem die beiden deutschen Sportbünde, DSB und DTSB, einen freien und unkontrollierten Sportverkehr vereinbart haben? |
| 20. Abgeordneter
Büchner (Speyer)
(SPD) | In welcher Weise will die Bundesregierung die Zusage von Bundeskanzler Kohl an den Präsidenten des Deutschen Sportbundes einhalten, daß die Bundesregierung wie bisher innerdeutsche Sport- und Jugendbegegnungen fördert, und mit welchen finanziellen Auswirkungen rechnet die Bundesregierung? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

21. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie löst die Bundesregierung ihre u. a. im Regierungsentwurf eines Gesundheits-Reformgesetzes bekundete Absicht ein, eine unzumutbare Belastung der Versicherten durch die Kostenerstattung bei Zahnersatz und Kieferorthopädie zu verhindern und auszuschließen, daß Versicherte Zahnarztrechnungen vor Erhalt des Kassenanteils begleichen müssen?
22. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wird die Bundesregierung, nachdem es ihr auch elf Monate nach Inkrafttreten des Gesundheits-Reformgesetzes nicht gelungen ist, diese Absicht zu verwirklichen, das Gesundheits-Reformgesetz ändern, um die Versicherten vor unzumutbaren Belastungen zu schützen, oder welche anderen Maßnahmen wird sie ergreifen?
23. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei den Jahresabrechnungen der pauschalen Beiträge für Wehrdienst-, Grenzschutzpflichtdienst- und Zivildienstpflichtige in dem Zehn-Jahreszeitraum 1978 bis 1987 in der gesamten Rentenversicherung insgesamt rund 29 Mio. DM an Nachforderungen der Rentenversicherungsträger angefallen sind und dort mit einem Jahr Verzögerung (gemäß der RV-Pauschalbeitragsverordnung) eingegangen sind, und wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung, daß die Rentenversicherungsträger Zinsen für diesen Betrag erhalten sollen?
24. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bewußt, daß dieser Saldo überwiegend auf die Abrechnung der Beiträge für Zivildienstpflichtige zurückzuführen ist, und ist die Bundesregierung bereit, auf eine exaktere Bemessung der Abschläge hinzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

25. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die vom Bundesbeamtengesetz vorgesehene Möglichkeit einer Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit – insbesondere bei großen Dienststellen der Deutschen Bundesbahn – für Beamtinnen?

26. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Trifft es zu, daß beispielsweise im Bereich der Deutschen Bundesbahn (DB), Sozialverwaltung Nord, Münster, Wartelisten geführt werden, woraus zu schließen ist, daß die DB nicht so sehr daran interessiert ist, Arbeitsplätze zu teilen, um Frauen weiterhin eine Mitarbeit zu ermöglichen?
27. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Wieso trifft die Deutsche Lufthansa keine Vorkehrungen für die Lösung der Probleme ihrer Passagiere, wenn Flüge witterungsbedingt umgeleitet werden müssen?
28. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß die bundeseigene Deutsche Lufthansa auf Inlandsflügen ihre Passagiere bei Umleitungen, Verspätungen oder Ausfällen von Flügen besser betreut als bisher?
29. Abgeordnete
Frau Würfel
(FDP)
- Unterstützt die Bundesregierung die Richtlinie der EG-Kommission, die ab 1. Juli 1990 die Einführung eines einheitlichen „Europa-Führerscheins“ für alle EG-Bürger vorsieht, wobei jedoch der Kreis der insulinspritzenden Diabetes-Patienten von der Erteilung einer Fahrerlaubnis ausgeschlossen sein soll?
30. Abgeordnete
Frau Würfel
(FDP)
- Wenn ja, welche Gründe sprechen nach Auffassung der Bundesregierung dafür, eine solche Regelung EG-weit einzuführen, obwohl nach dem bundesdeutschen Gutachten „Krankheit und Kraftverkehr“ die Erteilung einer Fahrerlaubnis an insulinspritzende Diabetes-Patienten bei verantwortungsvoller Beachtung ärztlicher Anweisungen gerechtfertigt ist und obwohl die bundesdeutschen Verkehrs- und Verkehrsunfallstatistiken keinerlei besondere Auffälligkeit von insulinspritzenden Diabetes-Patienten im Straßenverkehr aufweisen?
31. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Wie stellt sich die Bundesregierung in Anbetracht der Tatsache, daß der Bund Träger der Straßenbaulastpflicht der Bundesautobahn 24 Hamburg–Berlin ist, zu der Problematik, daß auch nach der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze auf Grund des Naturschutzes eine zusätzliche Auffahrt bei Gudow für die A 24, die ohnehin eine starke Belastung für den Naturhaushalt im Naturpark Lauenburgische Seen darstellt, nicht nur überflüssig, sondern auch abzulehnen ist und im Gegenteil die Ausnahmegenehmigungen für momentan berechnete Benutzer überprüft und gegebenenfalls eingeschränkt werden sollten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

32. Abgeordnete
**Frau
Hämmerle**
(SPD) Ist der Bundesregierung die Untersuchung von Frau Dr. Rosalie Bertell vom Juni 1989 bekannt, in der die Auswirkungen von radioaktiver Strahlung, der Kinder und Erwachsene ausgesetzt waren, dargestellt wird?
33. Abgeordnete
**Frau
Hämmerle**
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung diese Ergebnisse, und welche Konsequenzen sind ihrer Meinung nach für die Strahlenschutzpolitik daraus zu ziehen?
34. Abgeordneter
Diller
(SPD) Wurde bei der Errechnung der Lärmgrenzen für die Flugplätze Bitburg und Spangdahlem berücksichtigt, daß die Flugplätze regelmäßig von „Airbase-fremden“ und extrem lauten Maschinen (F 104, F 4, F 16, Awacs, Tankflugzeugen, Transportmaschinen, Tornados, F 111) angeflogen werden?
35. Abgeordneter
Diller
(SPD) Wie rechtfertigt die Bundesregierung z. B. die Grenzziehung mitten durch die Gemeinde Gondorf, wo doch die tatsächlichen Flugbewegungen genau über das kleine Dorf hinwegführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post
und Telekommunikation**

36. Abgeordneter
Roth
(SPD) Wann wird die Bundesregierung mit der DDR in Verhandlungen treten, um den Empfang der DDR-Fernsehprogramme bundesweit zu ermöglichen, und hält sie es für angebracht, in diesem Punkt von sich aus initiativ zu werden?
37. Abgeordneter
Roth
(SPD) Welche Hilfen wirtschaftlicher Art kommen für die Bundesregierung in Betracht, um es der DDR zu ermöglichen, ihre Fernsehprogramme per Satellit ausstrahlen zu können, und passen diese Überlegungen in den Zusammenhang der Zusammenarbeit mit der DDR in bezug auf einen möglichst baldigen umfassenden Ausbau der Fernspreverbindungen mit der DDR und des Telefonnetzes der DDR?

38. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundespost dem Vernehmen nach zur Errichtung eines zentralen Paketamtes in Mainz größeren Grunderwerb tätigt, und welche Konsequenzen ergeben sich für die Arbeitsplätze im Raum Koblenz/Trier und die am Bahnhofsvorplatz in Koblenz geplanten Baumaßnahmen zur Erweiterung der hier angesprochenen Postdienste?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

39. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Warum hat die bundesdeutsche UNO-Vertretung während der UNO-Vollversammlung versucht, den Passus zur Aufforderung an die Bundesregierung, die Firmen strafverfolgen zu lassen, die U-Boot-Pläne an Südafrika geliefert haben, aus der Resolution A/44/L.34/Rev. 1 streichen zu lassen, und wie wertet die Bundesregierung die Tatsache, daß die Streichung der Passage von der Vollversammlung der Vereinten Nationen abgelehnt wurde?
40. Abgeordnete
Frau Rust
(DIE GRÜNEN)
- Welche internationalen Reaktionen auf das U-Boot-Geschäft der Firmen IKL und HDW mit Südafrika hat es seit dem Gutachten des Auswärtigen Amtes vom 19. Mai 1987 gegeben, wie bewertet die Bundesregierung diese internationalen Reaktionen, insbesondere die in einem taz-Interview vom 3. Mai 1989 vom jetzigen Vorsitzenden der UNO-Generalversammlung, Garba, gegen die Bundesregierung erhobenen Vorwürfe sowie die in einem Brief von Friedensnobelpreisträger Bischof Tutu an Bundesaußenminister Genscher und in einer Presseerklärung des südafrikanischen Kirchenrates vom 31. August 1989 zum Ausdruck kommende Kritik am Verhalten der Bundesregierung bei der Behandlung der U-Boot-Affäre?
41. Abgeordnete
Frau Rust
(DIE GRÜNEN)
- Betrachtet die Bundesregierung die Aufforderung der UNO-Vollversammlung an die Bundesregierung, die beiden Unternehmen, die U-Boot-Pläne nach Südafrika geliefert haben, gerichtlich verfolgen zu lassen, als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland oder als legitimen Aufruf der UNO nach sichtbaren Konsequenzen aus dem Bruch des UNO-Rüstungsembargos gegen Südafrika durch die Firmen IKL und HDW, und erklärt sich die Bundesregierung diese Aufforderung aus der Tatsache, daß der Mehrheit der UNO-General-

versammlung sehr wohl bekannt ist, daß gegen die Firmen bisher noch nicht einmal ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist?

42. Abgeordnete
**Frau
Wollny**
(DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die in der Fernsehsendung MONITOR vom 15. August 1989 vorgestellten Zeugenaussagen, nach denen in Südafrika der U-Boot-Bau mit deutscher Hilfe und unter Leitung des ehemaligen HDW-Oberingenieurs Gerd Rademann bereits weit vorangeschritten sein soll?

43. Abgeordnete
**Frau
Schmidt**
(Hamburg)
(DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung ein Strategiepapier des Südafrikaners Willem Venter vom 22. Oktober 1984 bekannt, das eine Desinformationskampagne zum U-Boot-Geschäft vorschlägt, die nach diesem Papier u. a. vorsieht, daß ausgewählte Personen der Bundesregierung in eine geheime Fortsetzung des U-Boot-Geschäfts eingeweiht werden sollen, und ist die Bundesregierung inzwischen an der von Willem Venter vorgeschlagenen Desinformationskampagne beteiligt worden?

44. Abgeordnete
**Frau
Schmidt**
(Hamburg)
(DIE GRÜNEN)

Wann hat die Bundesregierung zum letzten Mal mit der südafrikanischen Regierung oder mit den südafrikanischen U-Boot-Bauern auf das U-Boot-Geschäft der Firmen HDW und IKL bezogene Kontakte aufgenommen, und was war gegebenenfalls der Inhalt diesbezüglicher Gespräche?

45. Abgeordnete
**Frau
Dr. Vollmer**
(DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung ausschließen, daß beim jetzt vom Bundessicherheitsrat genehmigten Israel-U-Boot-Geschäft U-Boot-Know-how und U-Boot-Teile über den Umweg Israel in die Hände Südafrikas gelangen, und ist der Bundesregierung in diesem Zusammenhang bekannt, daß Israel und Südafrika bereits im Jahre 1980 anlässlich eines Besuchs des damaligen israelischen Verteidigungsministers Eza Weizmann in Südafrika die gemeinsame Produktion eines U-Bootes in Südafrika beschlossen haben?

46. Abgeordneter
Reuter
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Irland als „Gutachter“ für die Ausweisung von Mülldeponien im Main-Kinzig-Kreis betätigt?

47. Abgeordneter
Reuter
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten eines Berufsdiplomaten, der in einem Schreiben vom 14. November 1988, das dem Bundesminister des Auswärtigen vorliegen muß, sich in eine politische Auseinandersetzung in seinem Heimatkreis einmischt und sich völlig undiplomatisch im Ton vergreift?

48. Abgeordnete
**Frau
Dr. Timm**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Beitrag der 50 Bundesgrenzschutzangehörigen, die im Rahmen der UN-Aktion UNTAG (United Nations Transnational Assistance Group) die Durchführung von Wahlen in Namibia beobachtet und gewährleistet haben, und wie wird sie sich verhalten, falls der Auftrag dieser UNTAG-Mission verlängert wird?
49. Abgeordnete
**Frau
Dr. Timm**
(SPD)
- Wie hoch war der finanzielle Beitrag, mit dem die Bundesrepublik Deutschland sich an diesem Vorhaben beteiligt hat, und kann die Bundesregierung bestätigen, daß jeder der Grenzschutzangehörigen ein Entgelt von monatlich mehr als 3 000 US-Dollar erhalten hat?
50. Abgeordnete
**Frau
Vennegerts**
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß das G 3-Gewehr der Firma Heckler & Koch weiterhin im Iran auf Grundlage der seinerzeit von der Bundesregierung an die Schah-Regierung übertragenen Lizenz produziert wird, und ist der Bundesregierung nicht bekannt, daß dieser Gewehrtyp u. a. auch während des sogenannten Golf-Krieges von iranischer Seite eingesetzt wurde?
51. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Welche Verträge, Vereinbarungen und Erklärungen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs bzw. der drei Westmächte USA, Großbritannien und Frankreich bzw. der Verbündeten einschließlich der Verpflichtung der drei Westmächte bei der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die WEU (Erklärung der Westmächte vom 3. Oktober 1954, 9. Final act of the Nine-Power Conference 28. September bis 3. Oktober 1954 V. 4.) und des Deutschlandvertrages vom 23. Oktober 1954 Artikel 7 Abs. 2 existieren, in denen sich die vorgenannten Mächte zur friedlichen Wiedereinigung Deutschlands bekannten, und in welcher Weise hat die Bundesregierung unter Berücksichtigung des Auftrags des Grundgesetzes und des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 31. Juli 1973 (Wiedervereinigungsanspruch nach außen beharrlich zu vertreten) diese Vereinbarungen nachdrücklich und „beharrlich“ in Erinnerung gebracht?
52. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Wie tritt die Bundesregierung der Auffassung des französischen Verteidigungsministers Chevènement in der WEU-Versammlung vom 6. Dezember 1989 und der ähnlichen Auffassung des Staatspräsidenten der Sowjetunion, Generalsekretär Gorbatschow, entgegen, daß durch die Schlußakte der Helsinki-Konferenz (KSZE) die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges so festgeschrieben sei, daß sie einer Wiedervereinigung im Wege stünde, obwohl in der Schlußakte der Grundsatz festgehalten wurde, daß die Grenzen durch friedliche Mittel und durch Vereinbarungen verändert werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

53. Abgeordnete
Frau Weiler
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Gründe dafür benennen, weshalb sie die von ihr gegründete Arbeitsgemeinschaft zur kulturellen Integration der Aussiedler und Aussiedlerinnen in die Zuständigkeit der Deutschen Ausgleichsbank gelegt hat?
54. Abgeordnete
Frau Weiler
(SPD)
- Welche Gründe kann die Bundesregierung dafür anführen, daß sie die Überlegungen des Deutschen Kulturrats zur kulturellen Integration der Aussiedler und Aussiedlerinnen nicht berücksichtigte und das Koordinierungspotential des Deutschen Kulturrats bisher nicht nutzt?
55. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Deutsche Ausgleichsbank bzw. deren Mitarbeiter/innen für hinreichend qualifiziert, Konzepte zur kulturellen Integration der Aussiedler/innen gemeinsam mit den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft zur kulturellen Integration der Aussiedler und Aussiedlerinnen zu erarbeiten?
56. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung zur konzeptionellen Betreuung der oben genannten Arbeitsgemeinschaft plant, eine/n Historiker/in einzustellen, und wäre für diese Tätigkeit, wenn die Bundesregierung sie für sinnvoll hält, nicht ein/e Pädagoge/in oder Soziologe/in geeigneter?
57. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Hat die Bundesregierung durch die Auswahl der Mitglieder sichergestellt, daß sich die Arbeitsgemeinschaft zur kulturellen Integration der Aussiedler und Aussiedlerinnen tatsächlich um die Integration in das Leben der Bundesrepublik Deutschland und nicht um Maßnahmen der Brauchtumpflege kümmert?
58. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß der im Haushaltstitel für ostdeutsche Kulturarbeit aufgeführte Betrag von 1 Million DM tatsächlich für die Integration der Aussiedler und Aussiedlerinnen in das kulturelle Leben der Bundesrepublik Deutschland und nicht für Maßnahmen der Brauchtumpflege ausgegeben wird?
59. Abgeordneter
Graf
(SPD)
- Welche dienstlichen Veränderungen bei der Überwachung der innerdeutschen Grenze vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich mehr als 50 neu eröffneten Grenzübergänge haben sich für Bundesgrenzschutz und Zoll ergeben?

60. Abgeordneter
Graf
(SPD)
- Welche fürsorglichen Maßnahmen plant die Bundesregierung für die betroffenen Mitarbeiter angesichts des zu erwartenden starken Reiseverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zur Weihnachtszeit?
61. Abgeordnete
Frau
Dr. Sonntag-Wolgast
(SPD)
- In welcher Form wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Kontrolle des Grenzverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wahrgenommen?
62. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Trifft es zu, daß die von den Polizeien der Länder gewährten Wechseldienstzulagen durch den Bund an die Beschäftigten bei Bahn und Post nicht gewährt werden, und mit welcher Begründung wird hier die Gleichbehandlung verweigert?
63. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, den jahrelangen Bemühungen zu entsprechen und die im Schichtdienst beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn in die Erschwerniszulagenverordnung aufzunehmen und die Zulagen den Sätzen anzupassen, wie sie für Polizei, Feuerwehr und Pflegedienst vorgesehen sind?
64. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß dreiwöchige Praktika von Schülern beim Bundesgrenzschutz (BGS) (siehe Bericht in der Bergedorfer Zeitung vom 25. November 1989 über ein Praktikum in Schwarzenbek bei der Grenzschutzabteilung „Küste 3“) ein verklärtes Bild vom Alltag im Dienst des BGS vermitteln, wenn Besuche der Fliegerstaffel, bei BGS-Einheiten zu Wasser, Teilnahme an Gerichtsverhandlungen – was im praktischen Dienst bloß selten bzw. isoliert bei Spezialdiensten auftritt – und „jede Menge Sport“ geboten werden, und wieso ist sie der Auffassung, daß der BGS beim Rekrutieren seines Nachwuchses inzwischen solche Nachwuchswerbeveranstaltungen nötig hat?
65. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der frühere Chef der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS), Markus Wolf, zunehmend in der Rolle des „demokratischen Erneuerers“ auftritt, insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Wolf über nahezu 30 Jahre hinweg verantwortlich war für die gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete Spionagetätigkeit der DDR?

66. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU)

Ist die Annahme zutreffend, daß Wolf auf Grund seiner Position für die Plazierung mehrerer tausend Agenten der DDR in der Bundesrepublik Deutschland (insbesondere Guillaume) und den damit verursachten immensen materiellen und politischen Schaden sowie menschliches Leid verantwortlich war?

Bonn, den 8. Dezember 1989

